













Aus- gelagert am Rand Europas

Auf der griechischen Insel Lesbos soll ein neues High-Tech-Lager für Geflüchtete entstehen. Von der Konstruktion solcher Orte und der Abschottung der europäischen Außengrenzen profitieren vor allem Rüstungs- und Überwachungskonzerne – finanziert wird das alles von der EU. Von Laura Romeis

Direkt gegenüber dem Hafen, in dem tagsüber die Schiffe von *Frontex* und der griechischen Küstenwache liegen, ist eine Bushaltestelle. Von dort aus kann man mit dem Bus in Richtung des Supermarkts *Lidl* fahren. Die Bushaltestelle ist selten leer, meist stehen dort dutzende Menschen mit Kinderwagen und Unterlagen, die in Plastiktüten gewickelt sind. Sie warten auf den Bus, der sie zurück zum Camp bringt. Wenn der Bus nicht fährt, sieht man Menschen am Straßenrand Richtung Camp laufen.

In die Stadt fahren bedeutet, ein paar Stunden Ablenkung: Kleidung einkaufen, Anwalt*innen für Rat im Asylverfahren aufsuchen, eine Sim-Karte besorgen, um die Verwandten in der Heimat anrufen zu können oder einfach durch die kleine Fußgängerzone zu

schlendern, in der Hoffnung auf ein Gefühl der Normalität. Hauptsache aber ein paar Stunden nicht auf Stacheldraht und weiße Zelte blicken.

Diese Szenerie findet man tagtäglich in der kleinen Hauptstadt Mytilini der griechischen Insel Lesbos vor. Lesbos, das ist der Ort, der wie kein anderer seit 2015 zum Symbol europäischer Migrationspolitik geworden ist. Von hier aus wollen wir versuchen, einen genaueren Blick auf die Geldströme des milliarden schweren europäischen Grenzregimes zu werfen.

No more Morias?

„No more Morias“ hieß es 2020 von der EU-Kommissarin Yvla Johannson nach dem Brand des alten Geflüchtetenlagers Moria, das weltweit durch seine

unmenschlichen Zustände traurige Berühmtheit erlangt hatte.

Doch statt einer Lösung folgte auf den Brand von Moria nur ein weiteres Provisorium: Das neue Lager Mavrovouni wurde hektisch aufgebaut, um die obdachlos gewordenen Menschen unterzubringen. Es liegt circa fünf Kilometer von der Hauptstadt Mytilini entfernt auf einem ehemaligen Übungsplatz der griechischen Armee, direkt am Meer. Aufgrund dieser Lage ist es vor allem im Herbst und Winter harschen Wetterbedingungen ausgesetzt. Regelmäßig werden die großen weißen Plastikzelte vom Regen überschwemmt oder der Wind reißt Löcher in sie. Wie sein Vorgänger auch, zeichnet sich Mavrovouni durch schlechte Lebensbedingungen und Überfüllung aus. Ein Moria 2.0 also, jedoch mit weniger Freiheiten, denn zwischen den feinsäuberlich aufgestellten Plastikzelten bleibt kein Platz für die Individualität der Bewohner*innen.

Um dieses Provisorium endlich abzulösen, wird nun ein gigantisches Bauprojekt auf Lesbos umgesetzt: Das neue *closed controlled access center* (CCAC) Vastria. Das CCAC auf Lesbos ist nur eines von insgesamt fünf (zum Teil schon fertiggestellten) Lagern auf den ostägäischen Inseln an der Grenze zur Türkei.

GEAS-Reform: Knastinseln zur Lösung des „Migrationsproblems“

Im Angesicht der gerade durch das EU-Parlament und der Mitgliedsstaaten beschlossenen Reform des *Gemeinsamen Europäischen Asylsystems* (GEAS) mit der darin enthaltenen sogenannten ‚Screening-Regulation‘, welche vorsieht, dass Asylverfahren an den Außengrenzen durchgeführt werden sollen, ist klar, dass diese Lager zu Gefängnissen werden.

Klar ist aber auch, dass dieses Gefängnis auf Lesbos niemand haben möchte. Wenn auch aus sehr verschiedenen Gründen. Denn unter anderem liegt Vastria in einer Hochrisikozone für Waldbrände. Der Widerstand von Teilen der Inselbewohner*innen wird daher auch vom neugewählten rechtspopulistischen Regionalgouverneur Mouzouris angeführt, der sich gegen die Regierungspartei *Nea Demokratia* gestellt hat und angekündigt hat, dass es dieses Lager nicht geben soll.

Mit der GEAS-Reform hat die EU und allen voran auch Deutschland jedoch entschieden, die griechischen Inseln dauerhaft zu Knastinseln umzugestalten. In Deutschland wird mit dem Thema der Externalisierung

von Asylverfahren schließlich auch Wahlkampf gemacht. Darum lassen sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten dies auch einiges kosten. Für den Bau der fünf CCAC hat die EU-Kommission insgesamt 276 Millionen Euro über den *Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds* (AMIF) bereitgestellt. Weitere Millionen für die technologische Ausstattung dieser Lager folgen über den *Integrated Border Management-Fonds* (IBMF), von dem Griechenland in der Finanzierungsperiode von 2021–2027 insgesamt 819 Millionen Euro erhalten soll.

Big Brother im Inselparadies

Einen erschreckenden Ausblick wie die Zukunft für fliehende Menschen an den EU-Außengrenzen aussehen wird, bietet das im September 2021 feierlich von Vertreter*innen des griechischen Migrationsministeriums und der EU-Kommission eröffnete „Vorzeigelager“ auf Samos. Es beinhaltet sämtliche Elemente des von der EU erträumten orwellischen Migrations-Managements.

Das CCAC Zervou liegt abgelegen in den Hügeln der Insel Samos. Es ist umgeben von einer doppelten Reihe NATO-Draht, zwischen dem Polizei und Sicherheitskräfte patrouillieren. An den Ein- und Ausgängen befinden sich Drehkreuze mit Metalldetektoren und Fingerabdruck-Scannern. Um rein- oder rauszukommen, müssen sich die Menschen entwürdigenden Kontrollen unterziehen, bei denen sie sich abtasten und ihre Taschen ausleeren müssen.

Im Lager selbst findet sich ein Arsenal an modernster Überwachungstechnologie. An jeder Ecke sind Überwachungskameras angebracht, die alles, was im Lager passiert, aufnehmen und mit einer Gesichtserkennungssoftware verbunden sind. Damit können alle Bewohner*innen jederzeit eindeutig identifiziert werden. Über dem Gelände surren Drohnen, die mit einer künstlichen Intelligenz ausgerüstet sind. Sie ist in der Lage, spontane Menschenansammlungen zu erkennen und ein wahrscheinliches Bewegungsprofil zu erstellen. So sollen Proteste und Ausschreitungen der Bewohner*innen frühzeitig erkannt und eingedämmt werden können. Mit Lautsprecherdurchsagen können an jedem Ort im Camp Anweisungen der Polizei oder der Sicherheitskräfte übertragen werden. Es herrscht eine Atmosphäre der totalen Kontrolle und Überwachung, denn nichts entgeht den Augen der zahlreichen Sicherheitssysteme.

Die Mitarbeiter*innen von *Ärzte ohne Grenzen* berichten, dass ihre Patient*innen aufgrund des

dauernden Überwachungsgefühls unter Schlafstörungen, Angstzuständen und Stress leiden. Die Menschen, die gezwungen sind, an diesem Ort zu leben, beschreiben das Lager, wenig überraschend, als Gefängnis und sich selbst als Gefangene. Denn obwohl von Seiten des griechischen Migrationsministeriums und der EU immer wieder betont wird, dass es sich nicht um Gefängnisse, sondern um „geschlossen-kontrollierte Zentren“ handelt, verschwimmen im Angesicht des Stacheldrahts und der Überwachungstechnik die Linien zwischen Haft und Freiheit.

Follow the money

Die im CCAC gesammelten Daten und Bilder laufen in einem tausende Kilometer entfernten Kontrollraum im Migrationsministerium in Athen zusammen. *Centaur* und *Hyperion* hat das Migrationsministerium seine Überwachungssysteme getauft. Finanziert und entwickelt wurden sie mit Mitteln des sogenannten *Internal-Security-Fund* der EU. Er umfasst insgesamt 1,9 Milliarden Euro, unter anderem zur Entwicklung von biometrischen Systemen. Welches Unternehmen jedoch genau von diesem EU-Geld zur Entwicklung dieser Systeme profitiert, bleibt geheim, denn die offizielle Ausschreibung der griechischen Regierung wurde per Gesetz unter Verschluss gehalten.

Wenn wir uns aber den stetig anwachsenden *Border-Industrial-Complex*, der die Verflechtung von staatlichen Grenzschutzbehörden und privaten Sicherheits- und Technologieunternehmen zur Abschottung und Überwachung der Grenze beschreibt, ansehen, wird schnell klar, wer von solchen Projekten profitiert. In der Studie „Financing Border Wars“ der Organisationen *stap Wapenbandel* und des *transnational institutes* sind es vor allem Rüstungs- und Überwachungskonzerne, die hier profitieren. Dort tauchen Unternehmen wie das Rüstungsunternehmen *Rheinmetall*, der Überwachungskonzern *Thales* und das globale Sicherheitsunternehmen *Group 4 Securicor* (G4S) auf. So ist beispielsweise das britische Unternehmen G4S einer der größten Profiteure der Inhaftierung von Geflüchteten und hat im Jahr 2019 circa neun Millionen Euro Umsatz damit generiert. Unter anderem auch, finanziert von der EU, im CCAC Zervou auf Samos.

Rüstungskonzerne als Hauptprofiteure der Abschottung

Der Markt der „Border Industry“ ist eine Goldgrube. Er wächst stetig und soll global bis 2025 einen Umsatz

von bis zu 68 Milliarden Dollar pro Jahr erwirtschaften. Die EU stellt allein über den IBMF von 2021 bis 2027 insgesamt 7,37 Milliarden Euro für Grenzschutz- und Überwachung bereit. Auch weil die genannten Unternehmen dank gezielter Lobbyarbeit ihre Produkte als notwendige Lösungen für das „Problem“ Migration verkaufen. Es ist also kein Zufall, dass die zunehmende Macht und Beteiligung von Rüstungsunternehmen, mit einer immer gewalttätigeren staatlichen Praxis an den Außengrenzen zusammenfällt.

Die größten Gewinner sind somit die Rüstungskonzerne, die an der Politik der Abschottung doppelt verdienen. Zum einen an den Kriegen und Konflikten in den Herkunftsländern und zum anderen an der Abwehr und Isolation der Menschen, die davor geflohen sind.

Wie zynisch die kapitalistische Profitmaximierung in der Praxis aussieht, zeigt sich erneut auf Lesbos: Der griechische Baukonzern GEK *Terna*, der mit dem Bau des Lagers Vastria beauftragt ist (finanziert mit rund 87 Millionen Euro der EU), soll Geflüchtete aus dem Lager Mavrovouni als illegale Tagelöhner auf der Baustelle beschäftigen, um so noch mehr Profit auf Kosten der Geflüchteten zu generieren. Dies fand das niederländische Magazin *one world* in einer investigativen Recherche heraus.

Peripherie der Peripherie

Fliegt man mit dem Flugzeug über die Insel, entdeckt man die Baustelle aus der Luft. Man kann gut die gerodete Fläche und die bereits aufgestellten weißen Container sehen, die Platz für insgesamt 7.000 Menschen bieten sollen. Ähnlich wie das Lager Zervou auf Samos ist auch Vastria weit abgelegen. Es liegt etwa 30 Kilometer außerhalb der Inselhauptstadt Mytilini in einem großen Pinienwald und in der Nähe einer Mülldeponie. Zum Lager führt aktuell nur eine Straße, die nicht mit größeren Fahrzeugen befahrbar ist. Eine weitere Straße muss erst noch gebaut werden. Ansonsten gibt es um das Lager herum nichts. Das bedeutet: Die Menschen, die hier landen werden, verschwinden noch weiter aus der Gesellschaft, sie werden unsichtbar. Ausgelagert an die Peripherie der Peripherie.

Jedoch ist das eine sehr teure Peripherie, denn für dieses Gelände müssen jeden Monat 70.000 Euro Pacht an die Eigentümer*innen der Grundstücke bezahlt werden. Finanziert wird dies wieder aus EU-Geldern. Wann genau Vastria eröffnet wird, bleibt noch unklar, denn trotz eines Gerichtsurteils des obersten



Laura Romeis arbeitet in der Beratung von Geflüchteten und war 2023/2024 beim Lesbos Legal Center tätig, dass sich für die Rechte von Geflüchteten in Griechenland einsetzt. Der Text entstand im Zusammenhang mit der aktivistischen Arbeit der **open assembly against border violence** auf Lesbos, die gegen den Bau von Vastria kämpft.

Verwaltungsgerichts Griechenlands, dass den Weiterbau des Lagers aufgrund des Fehlens einer Umweltstudie untersagte, wird fleißig weitergebaut. Nach Aussagen des griechischen Migrationsministeriums würde sich die Regierung um alle notwendigen Genehmigungen kümmern und das Lager rechtzeitig eröffnen. Im Sinne der EU wäre dies auf jeden Fall, denn für die neuen GEAS-Pläne braucht es dringend Knäste an den Außengrenzen.

Zwischen Widerstand und Würdelosigkeit

Meine Klientin Sara* sitzt vor mir im Büro des *Legal Centres*, der Organisation, für die ich auf Lesbos gearbeitet habe. Die Situation im Camp wird immer schwieriger erzählt sie. Mit über 5.000 Menschen im Januar 2024 ist das Lager Mavrovouni schon wieder an der Belastungsgrenze, für alles müssen sich die Menschen stundenlang anstellen. Auf Arzttermine wartet man Wochen, wenn nicht Monate. „Alle werden langsam verrückt hier“ sagt Sara, „weißt du, das Schwierigste hier ist, nicht den Verstand zu verlieren. Wenn mir alles zu viel wird setze ich mich auf die Steine und schaue einfach aufs Meer.“

Aber in Vastria wird das nicht mehr möglich sein. Selbst wenn die Menschen trotz der GEAS-Pläne der EU an den Außengrenzen nicht inhaftiert werden, bringt ihnen das in Vastria nicht viel. Denn um sie herum ist nur Wald. Kein Spaziergang zum Meer oder Bus nach Mytilini, nur Stacheldraht und konstante Überwachung.

An Orten wie Vastria sollen Menschen unsichtbar gemacht werden, Solidaritäten eingeschränkt und gebrochen werden, indem man Menschen an abgelegene Orte, fern von der Gesellschaft „auslagert“. Denn, obwohl Lager immer Orte sind, an denen Menschen systematisch ihrer Würde und Selbstbestimmung beraubt werden, sind sie auch Orte an denen Widerstand entsteht. Dies geschieht in kleinen alltäglichen Handlungen, wie zum Beispiel eigenes Brot über einem Lagerfeuer zu backen, aber auch in organisierten Protesten, in denen die Betroffenen ihre verordnete Würdelosigkeit anklagen. So protestieren die Menschen in Mavrovouni immer wieder gegen ihre Lebensbedingungen. Noch sind ihre Stimmen auch außerhalb des Lagers hör- und sichtbar. Je isolierter und überwachter Lager jedoch werden, desto weniger Raum für kleine Gesten des Widerstands und der Solidarität gibt es, die aber so notwendig sind, um die Hoffnung, der dem Lager ausgesetzten Menschen, zu bewahren.

An Orten wie Moria, Mavrovouni oder Zervou existiert immer beides gleichzeitig, die Würdelosigkeit der Zustände und der andauernde Kampf der Menschen, sich diese trotzdem zu erhalten.

Grenzenlose Verachtung

Wir sehen alle zu wie Orte wie Lesbos, an den EU-Außengrenzen zu hochtechnisierten, militarisierten Zonen des Unrechts werden, an denen Milliarden für Rüstungskonzerne erwirtschaftet werden. Die Bewohner*innen dieser Zonen, ob geflüchtet oder nicht, haben hierbei kein Mitspracherecht. Ihr Zuhause wird zum Austragungsort einer milliardenfinanzierten Abschottungspolitik. Währenddessen sind sie im Krankenhaus von Mytilini mit einem maroden Gesundheitssystem konfrontiert und müssen aufgrund des Klimawandels nun jeden Sommer mit enormen Waldbränden rechnen. Für beides gibt es auch dank des EU-Spardiktats der letzten Jahrzehnte keine ausreichende Infrastruktur. Die Außengrenzen werden so immer mehr zu Orten, an denen die staatliche Verachtung des Lebens keine Grenzen kennt. ☹

**Name geändert*